

## Agrarpolitik gefährdet Blumenwiesen und Almen



© Josef Limberger

Bunten Blumenwiesen, artenreichen Hutweiden und blühenden Almen droht das Aus. Obwohl Österreich beim Naturschutz mittlerweile zu den Sorgenkindern der EU zählt, plant das Landwirtschaftsministerium, die EU-Fördermittel lieber für Äcker und Intensivgrünland auszugeben als für naturverträglich genutzte Wiesen und Weiden. Letztere sind dem Ministerium bei der Basisprämie nur 25 Prozent jenes Betrages wert, den Landwirte etwa für eintönige Maisäcker und artenarme Intensivwiesen erhalten.

Dadurch würden ausgerechnet jene Bauern benachteiligt, die Österreichs alpine Kulturlandschaft erhalten und seltenen Arten letzte Refugien bieten. Österreichs Naturschützer appellieren deshalb an die Bundesländer, die bei den Agrarförderungen ein gewichtiges Wort mitzureden haben, einhellig für die Natur Stellung zu beziehen.

„Bei den Blumenwiesen und Almen müssen die Länder den Minister in die Pflicht nehmen“, bringt Prof. Georg Grabherr die Forderungen der Naturschutzvereine auf den Punkt. „Als Umwelt- und Landwirtschaftsminister hat es André Rupprechter selbst in der Hand, durch die richtige Gestaltung der Agrarförderungen dafür zu sorgen, dass Probleme im Naturschutz gar nicht erst entstehen.“

Besonders brisant ist die Situation Österreichs hinsichtlich seiner internationalen Verpflichtungen für Natura-2000-Gebiete. Gegen die Republik läuft sogar ein Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Gebietsausweisungen. „Das betrifft die Salzwiesen und Trockenrasen im Osten Österreichs genauso wie

die wertvollsten Beispiele von Bergwiesen im Westen, von Salzburg bis Vorarlberg“, erläutert Prof. Roman Türk, Präsident des Naturschutzbundes Österreich; und Christoph Walder vom WWF stellt klar: „In Sachen Natura 2000 besteht österreichweit enormer Handlungsbedarf bei den Wiesen.“ Ohne Pflege durch die Landwirte ist jedoch kein Wiesenschutzgebiet realisierbar. Mit schlechten Wiesenförderungen gefährdet Minister Rupprechter auch die erfolgreiche Umsetzung von Natura 2000 und riskiert damit Strafzahlungen in Millionenhöhe.

Ohne Unterstützung aus Wien wird vielen weiteren Initiativen der Bundesländer die Grundlage entzogen. Ohne angemessene finanzielle Dotierung kann kein einziges Braunkehlchenpaar erhalten werden“, so Gerald Pfiffinger von BirdLife Österreich. „Das Signal an die Almbauern ist fatal,“ schlägt Ingrid Hayek vom Österreichischen Alpenverein in dieselbe Kerbe. „Zuerst werden ihre Almflächen reduziert, weil sich die Behörden nicht einig sind, wie man diese Flächen korrekt abgrenzt, und jetzt werden sie auch noch bei der Basisprämie benachteiligt.“ Dass die arbeitsintensive Pflege der alpinen Kulturlandschaft unter diesen Bedingungen nicht mehr gewährleistet werden kann, ist offensichtlich. Hayek: „Die Verwaltung in den Alpen wird weiter zunehmen.“

Neben einer gerechten Verteilung der Fördermittel sind den Naturschützern auch die weiteren Rahmenbedingungen des neuen Programms wichtig: Dem neuen ÖPUL (Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft) fehlen nämlich bislang ausreichende Bestimmungen für die Erhaltung der Biodiversität, also der Vielfalt an Arten und Lebensräumen. Nur solche für alle Bauern verpflichtenden Biodiversitäts-Auflagen können dafür sorgen, dass Bienen in der Ackerlandschaft genug Blüten finden, wichtige Landschaftselemente wie zum Beispiel Hecken und Raine erhalten werden und Blumenwiesen ihren Wert behalten. „Wir wollen Fair-Play“, betont Grabherr. „Das neue ÖPUL muss beides garantieren: die gerechte Abgeltung der bäuerlichen Leistung und den Schutz der Natur.“